



NZZ Global Risk:

Neue Zürcher Zeitung

Iran – zurück in die Abschottung?

Szenario 1

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Zurück in die Abschottung

Szenario 2

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Weiterwursteln unter erschwerten Umständen



Monika Bolliger, NZZ-Korrespondentin in Beirut
Donnerstag, 31. Mai 2018

Management-Summary

1

Das Abkommen zum iranischen Atomprogramm, das am 1. Januar 2016 in Kraft trat, ist in der Schwebe, nachdem der amerikanische Präsident Donald Trump daraus ausgetreten ist.

2

Die übrigen Parteien des Abkommens – Europa, Russland und China – haben signalisiert, an der Vereinbarung und damit an der Aufhebung proliferationsrelevanter Sanktionen festzuhalten; Iran fordert bestimmte europäische Garantien, damit sich die Einhaltung des Abkommens für das Land weiterhin auszahlt.

3

Dass Europa ausreichend Mittel hat, um Iran vom Festhalten am Abkommen zu überzeugen, ist alles andere als sicher; ein Scheitern des Nuklearabkommens ist damit möglich.

4

Bereits vor Trumps Ausstieg aus dem Abkommen erschwerte eine Reihe zuvor eingeführter, nichtproliferationsrelevanter Sanktionen der USA die Geschäftstätigkeit in Iran. Insbesondere Banken und grössere Unternehmen, die in den USA tätig sind, wurden dadurch abgeschreckt; Finanztransaktionen waren schwierig.

5

Die neuen Sanktionen der USA verschärfen das Problem; Unternehmen, die in den Vereinigten Staaten tätig sind, laufen Gefahr, für Geschäfte in Iran bestraft zu werden.

6

Die lokalen Bedingungen erschweren ebenfalls den Marktzugang: In der iranischen Schattenwirtschaft, die unter dem Sanktionsregime entstand, hat sich ein undurchsichtiges Geflecht aus staatlichen und halbstaatlichen Institutionen mit Monopolstellungen gebildet; allerdings sind gewisse Reformen im Gang.

7

Die Unberechenbarkeit der Regierung Trump und die antiiranische Rhetorik aus Washington haben bereits eine weitere Destabilisierung im Nahen Osten bewirkt und verunsichern Geschäftsleute, die in Iran investieren wollen; selbst ein Krieg gegen Iran scheint nun möglich.

8

In Iran haben die Wiederwahl des gemässigten Präsidenten Hassan Rohani für eine weitere Amtszeit von vier Jahren sowie die Wahl eines reformfreundlicheren Parlaments für Erleichterung gesorgt, doch die jüngste Politik Washingtons droht den Hardlinern Auftrieb zu verleihen.

9

Es ist gut möglich, dass Rohani sich halten kann, da sich angesichts der Bedrohung von aussen die Reihen in der iranischen Führung schliessen.

10

Weil es Rohani aufgrund der vielen innen- und aussenpolitischen Hindernisse nicht gelang, einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen, war er schon vor dem Richtungswechsel in Washington unter Druck; jetzt wird sein Spielraum noch kleiner, und Iran wendet sich tendenziell wieder stärker vom Westen ab.

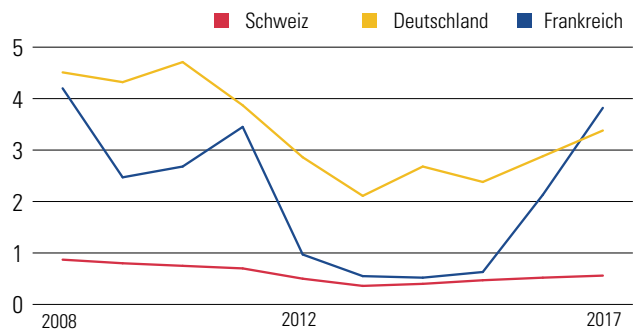
Ausgangslage

Am 8. Mai erklärte der amerikanische Präsident Donald Trump, dass er sich nicht mehr an das Nuklearabkommen mit Iran halten werde, und kündigte härteste Sanktionen an. Unternehmen, die in den Vereinigten Staaten tätig sind, laufen Gefahr, für Geschäfte in Iran bestraft zu werden. Zudem droht der Region und möglicherweise Iran selbst eine weitere Destabilisierung.

Das historische Abkommen zur Beschränkung des iranischen Atomprogramms und zur Aufhebung von Sanktionen gegen Iran (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) trat am 16. Januar 2016 in Kraft. Die Einigung zwischen Iran auf der einen und den Vereinigten Staaten, Russland, China sowie den drei europäischen Ländern Frankreich, Deutschland und Grossbritannien (E-3) auf der anderen Seite weckte in Iran die Hoffnung auf ein Ende der internationalen Isolation und einen Aufschwung der unter Sanktionen ächzenden Wirtschaft. Die seit der Islamischen Revolution von 1979 frostigen amerikanisch-iranischen Beziehungen tauten endlich etwas auf. Allerdings blieben nichtproliferationsrelevante Sanktionen der USA bestehen. Dies behinderte insbesondere international tätige Banken und damit Finanztransaktionen, weshalb die Geschäftstätigkeit in Iran zaghafter ins Rollen kam als erhofft. Unternehmen, die in den USA tätig sind, befürchteten weiterhin, für Geschäfte in Iran gebüsst zu werden.

Während die Islamische Republik mit der Wiederwahl des Pragmatikers Hassan Rohani zum Präsidenten Kontinuität markierte, zeichnete sich im Weissen Haus eine gegenteilige Entwicklung ab: Hier hatten mit Donald Trump und dessen Team die Hardliner gewonnen. Trumps antiiranische Rhetorik stand zunächst zwar in Kontrast zu einer pragmatischen Haltung. Mit dieser ist jetzt aber Schluss. Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen könnte dazu führen, dass Iran die Urananreicherung wieder aufnimmt. Zugleich droht ein unilateraler Militärschlag der USA oder Israels gegen Iran. Europa möchte das Abkommen retten und sucht nach Wegen, um wirtschaftliche Anreize zu schaffen, damit Iran am Abkommen festhält. Die Mittel dafür sind begrenzt. Innenpolitisch schliessen sich angesichts der Bedrohung von aussen zwar die Gräben zwischen Hardlinern und Pragmatikern wie Rohani,

Der Handel mit Iran hat in letzter Zeit zugelegt
Aussenhandel (Exporte plus Importe), in Mrd. Fr. (CH) bzw. Mrd. € (D, F)



QUELLE: EZV, DESTATIS, AMBASSADE DE FRANCE EN IRAN

NZZ-Infografik/pma.

zugleich wird dessen Spielraum aber noch kleiner.

Die Region dürfte noch instabiler werden. Israel, Saudiarabien und die Vereinigten Arabischen Emirate hatten in Washington lange gegen das Atomabkommen mit Iran und für einen konfrontativeren Kurs gegenüber Teheran lobbyiert. Saudiarabiens Führung ist mit dem Aufstieg von Kronprinz Mohammed bin Salman aggressiver und unberechenbarer geworden, wie sich im Jemen-Krieg oder bei der Katar-Krise gezeigt hat. Irans Gegenspieler fühlen sich durch den Entscheid Trumps bestärkt. Ihnen ist vor allem die expansive Geopolitik der Islamischen Republik ein Dorn im Auge. Iran unterstützt neben dem syrischen Regime von Bashar al-Asad schiitische Milizen in Syrien, im Irak, in Libanon und bis zu einem gewissen Grad in Jemen. Teheran sieht seine Politik als notwendige Absicherung nach traumatischen Erfahrungen wie dem Iran-Irak-Krieg, doch die regionalen Verbündeten der USA fühlen sich durch Irans Vorgehen bedroht.

Die künftige Entwicklung Irans hängt von inneren und äusseren Faktoren ab. Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen war, mit Blick auf Irans Innenpolitik, ein Steilpass für die Hardliner. Diese könnten jetzt fordern, dass das Land die Urananreicherung wieder aufnehme, weil man im Besitz der Bombe und damit aus einer Position der Stärke erfolgreicher verhandeln könne. Mit seiner Regionalpolitik dürfte sich Teheran noch weiter vom Westen entfernen. Die Gefahr eines Krieges gegen Iran mit unvorhersehbaren Konsequenzen ist grösser geworden.



Szenario 1

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Zurück in die Abschottung

Teheran fühlt sich nicht mehr an das Atomabkommen gebunden, da infolge der Sanktionen der USA die wirtschaftlichen Dividenden ausbleiben; Amerika und Israel drohen Iran mit unilateralen Militärschlägen gegen sein Atomprogramm.

Die zunehmenden Spannungen führen bei mehreren Konfliktherden in der Region zu einer Eskalation, insbesondere im Fall des Konflikts zwischen Israel und Iran in Syrien.

Rohani wird innenpolitisch von den Hardlinern ausmanövriert.



Der Kurswechsel in Washington treibt Iran erneut in die Abschottung. Jene Gruppierungen im iranischen System, die wirtschaftlich von den Sanktionen profitiert haben, erstarken. Korruption und Intransparenz wachsen mit den neuen Sanktionen wieder. Ideologische Hardliner, für die eine Öffnung Machtverlust bedeutet, triumphieren, nach dem Motto: «Wir haben ja immer gesagt, dass man Amerika nicht trauen kann.» Zugleich hat Anfang Jahr ob der wirtschaftlichen Misere eine Protestwelle das Land erschüttert, und noch immer gibt es hie und da Berichte von Demonstrationen. Sollten lokale Unruhen erneut aufflammen, könnten beispielsweise die Revolutionsgarden unter dem Vorwand, die Islamische Revolution zu retten und Irans Stabilität zu sichern, einen Putsch wagen.

Scheitern des Nuklearabkommens

Die wirtschaftliche Dividende für Iran bleibt aus. Den Unternehmen, die in den Vereinigten Staaten wie auch in Iran tätig sind, drohen hohe Strafen, und insbesondere die Banken lassen die Finger von Geschäften in Iran, weshalb Finanztransaktionen enorm schwierig bleiben. Europa ist uneins, und es gelingt nicht, griffige Anreize für Iran zu schaffen. Immer mehr Unternehmen ziehen sich aus dem Land zurück. Dieses fühlt sich nicht mehr an den JCPOA gebunden. In Teheran setzt sich mit Blick auf Nordkorea die Sichtweise durch, dass es von Vorteil ist, eine Atombombe zu haben und aus einer Position der Stärke zu verhandeln. Russland, China und europäische Regierungen geben Washington die Schuld für das Scheitern des JCPOA. Zwar beschliesst die EU Sanktionen, sobald Iran die Urananreicherung wieder aufnimmt, aber eine geeinte internationale Front gegen Irans Nuklearprogramm kommt nicht mehr zustande.

Aus diesen Gründen steigt die Gefahr, dass Israel oder die USA unilateral militärisch gegen das iranische

Atomprogramm vorgehen. Obwohl Trump in Bezug auf Syrien signalisiert hat, dass er sich am liebsten ganz zurückziehen möchte, ist es nicht sicher, ob er sich nicht doch auf ein militärisches Abenteuer in Iran mit dem Ziel eines Regimewechsels einlässt; Teile seiner Regierung träumen jedenfalls von diesem Szenario. Die Folgen davon wären unabsehbar, und – blickt man auf die Bilanz vergangener Interventionen in anderen Ländern – ein Scheitern wäre fast gewiss. Weil in Amerika seit dem Irakkrieg eine grosse Militärintervention unpopulär ist, scheint es wahrscheinlicher, dass Washington einen Wirtschaftskrieg führt und es seinen regionalen Verbündeten, allen voran Israel und Saudiarabien, überlässt, allenfalls militärisch gegen Iran vorzugehen.

Regionaler Krieg

Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen bestärkt Israel, Saudiarabien und die Vereinigten Arabischen Emirate in ihrem Konfrontationskurs gegen Iran. Teheran kann wegen seiner expansiven Geopolitik den USA und ihren Verbündeten vielerorts Schaden zufügen und dürfte von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, wenn es sich bedroht fühlt. Im Fadenkreuz stehen mehrere Konfliktherde.

Irak: Saudiarabien versucht im Nachbarland nach einer längeren Phase der Untätigkeit wieder Fuss zu fassen. Falls Riad einen konfrontativen Kurs gegen Irans Präsenz im Irak verfolgt, könnte das den sich allmählich festigenden irakischen Staat erneut destabilisieren. Eine Destabilisierung würde die wirtschaftlichen Interessen Teherans im Irak tangieren: Iran ist ein wichtiger Stromlieferant; ferner wollen die beiden Länder das Projekt einer Pipeline von Kirkuk nach Iran für den Export von Öl in Drittländer wiederbeleben. Iran kann im Irak (und in Syrien) auch auf dort stationierte amerikanische Truppen Anschläge verüben.

Syrien und Libanon: In Syrien hat der Schlagabtausch zwischen Iran und Israel im Mai gezeigt, wie gross die Gefahr ist, dass sich die beiden Länder mit Angriffen und Gegenangriffen so weit hochschaukeln, dass es zu einem Krieg kommt. Dabei würde Israel gegen iranische Positionen in Syrien, möglicherweise gegen den Hizbullah in Libanon und allenfalls sogar direkt gegen Iran vorgehen. Irans reguläre Armee ist den Streitkräften seiner Gegner unterlegen, doch könnte Teheran seinen Feinden mit den Methoden asymmetrischer Kriegführung schmerzhaft Verluste zufügen. Derlei Vorgänge würden die Region weiter destabilisieren. Projekte wie die Gaspipeline durch den Irak, Syrien und Libanon zum Mittelmeer blieben unverwirklicht.

Jemen: Die mit Iran verbundene Huthi-Miliz schoss nach Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen einmal mehr Raketen gegen Riad. Saudi Arabien und die Emirate intensivieren derzeit den Kampf gegen die Huthi; der Konflikt bedroht die Öltransporte über die Meerenge von Bab al-Mandab. Ein direkter Angriff der Saudis auf Iran scheint dagegen weiterhin unwahrscheinlich, weil Saudi Arabiens Armee trotz massiver Aufrüstung der Aufgabe wohl nicht gewachsen wäre.

Comeback der Hardliner in Iran

Der Ausstieg Trumps aus dem Atomabkommen ist ein gefundenes Fressen für Irans Hardliner. Sie fühlten

sich nach dem Ausgang der letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in die Ecke gedrängt, weil sich die Bevölkerung deutlich hinter den Kurs der Pragmatiker und Reformer um Rohani gestellt hatte. Dies steht im Widerspruch zur radikal antiwestlichen Ideologie der Hardliner, die ihnen als Grundpfeiler der Islamischen Republik gilt, und tangiert handfeste wirtschaftliche Interessen: Mächtige religiöse Stiftungen oder Gruppen wie die Revolutionsgarden kontrollieren weite Teile der Wirtschaft und haben von der Schattenwirtschaft während des Sanktionsregimes profitiert. Jetzt können sie sich auf den Standpunkt stellen, dass es weise war, Amerika nicht zu trauen und sich mit einem aggressiven Vorgehen in der Region gegen Bedrohungen abzusichern. Präsident Rohanis Spielraum wird noch mehr eingeschränkt.

Wegen der Bedrohung von aussen ist es wahrscheinlich, dass sich die Bevölkerung einmal mehr hinter die Landesführung stellt und die sozioökonomisch motivierten Proteste nicht eskalieren. Sollten sich die innenpolitischen Gräben dennoch vertiefen, wäre ein Militärputsch der Revolutionsgarden denkbar. Ein solcher dürfte damit gerechtfertigt werden, dass die Stabilität im Land gesichert werden müsse und das Überleben der Islamischen Revolution von einer solchen Machtübernahme abhängen. Spätestens dann wäre es vorbei mit der Geschäftstätigkeit in Iran. Gegen die Revolutionsgarden gelten trotz dem Nuklearabkommen weiterhin EU-Sanktionen.

Fazit Szenario 1

Eine Eskalation des Konflikts zwischen den USA und Iran führt zu einer politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung. Geschäfte in Iran sind nur unter Inkaufnahme hoher Risiken möglich, und auch ein offener Krieg gegen Iran ist nicht auszuschliessen. Wenn die Hardliner Rohani ausmanövrieren, sieht es zudem schlecht aus für eine langsame Öffnung Irans. Steigt Iran aus dem JCPOA aus, drohen neue Sanktionen der EU. Das Land wird in die Abschottung zurückgedrängt.



Szenario 2

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Weiterwursteln unter erschwerten Umständen

Die Sanktionen der USA behindern die Geschäftstätigkeit in Iran noch stärker als bisher, doch die europäischen Länder, Russland und China halten am Atomabkommen fest.

Präsident Rohani gelingt es, sich zu halten.

Die Europäer schnüren ein Paket mit Anreizen für Iran, und dessen Führung sieht genügend wirtschaftliche und sicherheitspolitische Gründe, um am Abkommen festzuhalten und eine Eskalation der Spannungen zu verhindern.



Obwohl sich Irans Hardliner nach Amerikas Ausstieg aus dem Nuklearabkommen kämpferisch geben, überwiegt in Teheran der Pragmatismus. Der oberste Führer der Islamischen Republik, Ayatollah Khamenei, hat trotz seiner Sympathie für die Hardliner das Nuklearabkommen und die Wiederwahl Rohanis zum Präsidenten gutgeheissen, weil sich die Abschottung als Sackgasse entpuppte. Dank einem Paket der EU mit Anreizen für Iran lässt sich Khamenei nun davon überzeugen, dass das Abkommen weiterhin im Interesse seines Landes ist. Rohanis Spielraum wird zwar noch kleiner, aber er kann sich halten.

Nuklearabkommen ohne die USA

Trumps Ausstieg aus dem JCPOA bedeutet noch nicht dessen Ende. Die Europäer und erst recht China und Russland wollen daran festhalten, ebenso Iran. Die EU beschliesst zur Rettung des Abkommens ein Paket mit wirtschaftlichen und politischen Garantien für Iran und kann Teheran davon überzeugen, dass sich das Festhalten am Abkommen weiterhin lohnt.

Für grosse Unternehmen mit Ablegern in den USA ist das Geschäft in Iran Geschichte. Transaktionen sind noch komplizierter als bis anhin, da nicht nur die Grossbanken, sondern zunehmend auch die anderen Banken von einer Präsenz in Iran Abstand nehmen. Die EU schafft es aber, die Wirkung der US-Sanktionen etwas abzufedern: mit Massnahmen wie der Finanzierung von Investitionsprojekten, mit finanziellen

Anreizen für in Iran tätige KMU oder der Aktivierung des sogenannten Blocking Statute zur Abwehr von Sanktionen. Damit werden zumindest europäische KMU einigermaßen vor Strafmassnahmen der amerikanischen Behörden geschützt, im Gegensatz zu Grossunternehmen, die in den USA tätig sind. Durch die Europäische Zentralbank werden Finanztransaktionen ermöglicht. Die EU verhandelt mit den USA, um für einige Firmen Ausnahmeregelungen in Sachen Sanktionen zu erreichen.

2017 betrug das Volumen im Handel zwischen Europa und Iran laut Schätzungen 20 Mrd. €, obwohl die nichtproliferationsrelevanten Sanktionen der USA und ambivalente Signale aus dem Weissen Haus schon letztes Jahr dafür sorgten, dass in den USA tätige Unternehmen mehrheitlich die Finger von der Geschäftstätigkeit in Iran liessen. Der EU gelingt es, das Niveau des Handelsvolumens knapp zu halten. Zudem halten die Europäer am regelmässigen Dialog mit Teheran fest, der über den JCPOA institutionalisiert wurde, und sie weiten diesen auf einen Dialog über Politik und Sicherheitsinteressen aus. Im Sicherheitsrat geben die europäischen Mitglieder zusammen mit Russland und China Iran Rückendeckung und wehren die Versuche der USA ab, den Beschluss erneuter bindender Uno-Sanktionen zu veranlassen. Irans Führung lässt sich davon überzeugen, dass das Festhalten am Abkommen mehr bringt als ein Ausstieg.

Rohani kann sich halten

Präsident Rohani hat trotz dem Triumph der Hardliner nach Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen ein paar Trümpfe in der Hand: Er ist vergangenes Jahr mit 57% der Stimmen deutlich wiedergewählt worden und kann auf ein freundlicher gesinntes Parlament zählen als in seiner ersten Amtszeit. Rohanis Vorgänger Ahmadinejad hat in Irans Wirtschaft einen Scherbenhaufen hinterlassen, und diese Erfahrung möchten die meisten Iraner nicht erneut machen. Der Wille zu vorsichtigen wirtschaftlichen Reformen scheint auch beim obersten Führer Khamenei vorhanden, wie beispielsweise die Pläne für ein Gesetz zur Monopolbekämpfung suggerieren.

Angesichts der Bedrohung von aussen, eines den Iranern nur allzu vertrauten Szenarios, flauen die sozio-ökonomisch begründeten Proteste ab; die Bevölkerung beisst einmal mehr auf die Zähne und stellt sich hinter die Regierung. Rohanis wirtschaftliche Reformen kommen nun erst recht langsam voran, nachdem sie schon zuvor auf den Widerstand jener gestossen sind, die sich als mögliche Verlierer einer Öffnung sehen. Korruption, Intransparenz und die Monopole der von den Hardlinern kontrollierten Institutionen bleiben ein Problem. Dafür schliessen sich in Anbetracht der neuen äusseren Bedrohung die Reihen innerhalb der iranischen Führung. Die Grabenkämpfe verlieren an Intensität.

Eine Eskalation wird abgewendet

Iran will einen Krieg vermeiden und die guten Beziehungen zu Europa aufrechterhalten. Teheran vermeidet deshalb allzu heftige Provokationen, die auf die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in der Region oder auf Verbündete Amerikas wie Israel und Saudiarabien zielen. Bei den mutmasslich ersten direkten Angriffen Irans auf israelische Positionen von Syrien aus war die Botschaft klar: Iran reagierte auf die wiederholten Luftangriffe Israels gegen seine Stellungen in Syrien, doch die Angriffe forderten keine Todesopfer auf israelischer Seite. Kämen Zivilisten um, wäre eine aggressive Reaktion vonseiten Israels unvermeidlich. Israel, Saudiarabien und die Emirate wollen zwar einen Regimewechsel in Teheran, aber weil sie die möglicherweise sehr schmerzhaften Folgen eines Krieges für sich selber fürchten und weil Washington offenkundig nicht die Führung übernehmen will, schrecken auch sie vor einer kriegerischen Auseinandersetzung zurück. Russland spielt in Syrien eine vermittelnde Rolle zwischen Iran und Israel, so gut es geht. Die Lage in der Region bleibt unbeständig, aber die Verschärfung bestehender Konflikte bis hin zur Eskalation bleibt vorerst aus.

Fazit Szenario 2

Gelingt es der EU – trotz erheblichen Schwierigkeiten – Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Iran dank dem Nuklearabkommen weiterhin eine wirtschaftliche sowie eine politische Dividende erhält, bleibt die Vereinbarung in Kraft. Iran legt trotz der allgemein scharfen Rhetorik Pragmatismus an den Tag. Innenpolitisch rücken angesichts der Bedrohung von aussen alle zusammen, die Grabenkämpfe verlieren an Intensität. Zugleich wird Rohanis Spielraum noch kleiner. Die Eskalation regionaler Konflikte lässt sich vorerst abwenden.

Was heisst das für die Schweiz?

Aufgrund des Kurswechsels im Weissen Haus sind die Erfolge jahrelanger komplizierter diplomatischer Verhandlungen mit Iran akut bedroht. Irans bisherige innenpolitische Entwicklung deutete auf Kontinuität und verbreiteten Rückhalt für den moderaten Kurs Rohanis, aber Amerikas Ausstieg aus dem Nuklearabkommen verleiht nun den Befürwortern einer Abschottung Auftrieb. Das könnte Rohanis angestrebte Wirtschaftsreformen weiter behindern, müsste aber nicht das Ende seiner Präsidentschaft bedeuten; vielmehr schliessen sich in Iran wie schon früher die Reihen, wenn Gefahr von aussen droht. Rohani dürfte sich halten, aber sein Spielraum für eine dem Westen gegenüber freundlich gesinnte Politik wird wohl kleiner.

Ab 4. November müssen die Investoren wieder mit Sanktionen der USA rechnen. Bis dahin muss die europäische Politik viele Fragen in Bezug darauf beantworten, wie künftig Geschäfte in Iran getätigt werden können. Der Rahmen dafür wird sich in den nächsten Wochen und Monaten herauskristallisieren, sobald die EU Massnahmen ausarbeitet, um auf einen Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen zu reagieren. Es ist davon auszugehen, dass sich die Schweiz in Sachen Sanktionspolitik der EU anschliesst. Die 2016 beschlossene Erweiterung der Exportrisikoversicherung kann immerhin gewisse Risiken abfedern. Rechtliche Schritte der Schweiz im Sinne eines Blocking Statute sind dagegen nicht zu erwarten; die Schweiz

als Mittlerin und Interessenvertreterin der USA in Iran kann diese nicht vor den Kopf stossen.

Grossunternehmen, die in den USA tätig sind, werden sich in jedem Fall weiterhin – und jetzt erst recht – zwischen den Geschäftsinteressen, die sie in Amerika verfolgen, und denjenigen in Iran entscheiden müssen. Gewisse KMU, die ihre Geschäftsbereiche klar trennen, können unter Umständen dem Radar der Vereinigten Staaten entgehen, je nachdem, wie rigoros die Sanktionen umgesetzt werden. KMU, die nicht in den USA tätig sind, müssen primär das Problem der Finanztransaktionen lösen. Die allermeisten Banken werden durch die neuen Sanktionen der USA davon abgeschreckt, mit Iran Geschäftsbeziehungen zu unterhalten. Möglicherweise gelingt es der EU, Hand zu bieten, damit Finanzgeschäfte in Iran möglich bleiben. Dies ist für die EU allerdings ein schwieriger Spagat. Es besteht die Gefahr, dass das Nuklearabkommen scheitert. Auch ein Krieg gegen Iran ist ein Szenario, das nicht ausgeschlossen werden kann.

In Iran erschweren nach wie vor strukturelle Probleme das Geschäft: endemische Korruption, eine träge Bürokratie, Intransparenz und eine Wirtschaft, die von staatsnahen Institutionen durchdrungen ist. Fortan wird es zudem Zeit brauchen, in der Islamischen Republik die erforderlichen persönlichen Kontakte aufzubauen, und vor allem benötigt man einen guten lokalen Partner. Grundsätzlich bleibt es einfacher, mit

der Privatwirtschaft Geschäfte zu tätigen. Sobald staatliche Stellen eingebunden werden, nehmen Probleme wie Ineffizienz und Intransparenz zu. Gleichzeitig besteht das Risiko, gegen Sanktionen zu verstossen, falls beispielsweise die Revolutionsgarden in ein Geschäft involviert sind. Im Bericht «Doing Business» der Weltbank von 2017 ist Iran immerhin vom 144. (2012) auf den 120. Platz von insgesamt 190 Rängen aufgestiegen. Ungeachtet Trumps Ausstieg aus dem Nuklearabkommen hat Iran Ende Mai im Rahmen einer Reform des Bankensektors neue Regulierungen eingeführt, die dazu dienen, die Einkünfte von Finanzinstituten transparenter zu machen.

Für Schweizer Investoren steht viel auf dem Spiel, zum Beispiel Infrastrukturprojekte im Energiesektor, der Export von Uhren, Edelmetallen, Industrie- und Pharmaprodukten und vieles mehr. Seit Inkrafttreten des JCPOA wurde ein Exportzuwachs von 40% verzeichnet; gegenwärtig beträgt das Volumen der Schweizer Exporte nach Iran 530 Mio. Fr.; vor Beginn der Uno-Sanktionen 2006 lag es bei 800 Mio. Fr. Ein Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Iran wurde

im März 2017 ratifiziert. Die Schweiz hat in Iran einen guten Ruf, aber sie muss jetzt, wie andere europäische Länder, das Vertrauen der Iraner zurückgewinnen.

Der JCPOA steht nach dem Ausstieg der USA auf tönernen Füüssen. Wenn es Europa nicht gelingt, Iran vom Festhalten am Abkommen zu überzeugen, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis Teheran die Urananreicherung wieder aufnimmt. Dadurch sähe sich die EU vermutlich gezwungen, erneut Sanktionen zu erheben. Die Schweiz würde in diesem Fall wohl nachziehen. Die nächsten Wochen werden in dieser Hinsicht mehr Klarheit schaffen. Was jetzt schon feststeht, ist, dass sich grosse Firmen, die einen Sitz in den USA haben, zwischen ihren dortigen Geschäften und ihrer Tätigkeit in Iran entscheiden müssen. Für die übrigen Unternehmen bleiben vor allem Finanztransaktionen ein Problem, und auch die Entwicklung in der Region ist schwer vorherzusagen. Trumps Politik bestärkt die konfrontativen Kräfte im Nahen Osten und giesst bei bestehenden Konflikten und Stellvertreterkriegen Öl ins Feuer. Ein Krieg gegen Iran ist nicht zwingend, aber möglich.

Zum Schluss: Drei Dinge, die Sie nicht vergessen dürfen

1

Die nächsten Wochen werden zeigen, ob das Nuklearabkommen Überlebenschancen hat. Vieles hängt von der Fähigkeit Europas ab, Anreize für Iran zu schaffen; innenpolitisch steht in Iran die Frage im Zentrum, zu wie viel Pragmatismus die Hardliner bereit sind.

2

Geschäfte in Iran werden aufgrund der neuen Sanktionen der USA, die zu den bisherigen nichtproliferationsrelevanten Sanktionen hinzukommen, noch schwieriger. Zudem bestehen in der Islamischen Republik strukturelle Probleme.

3

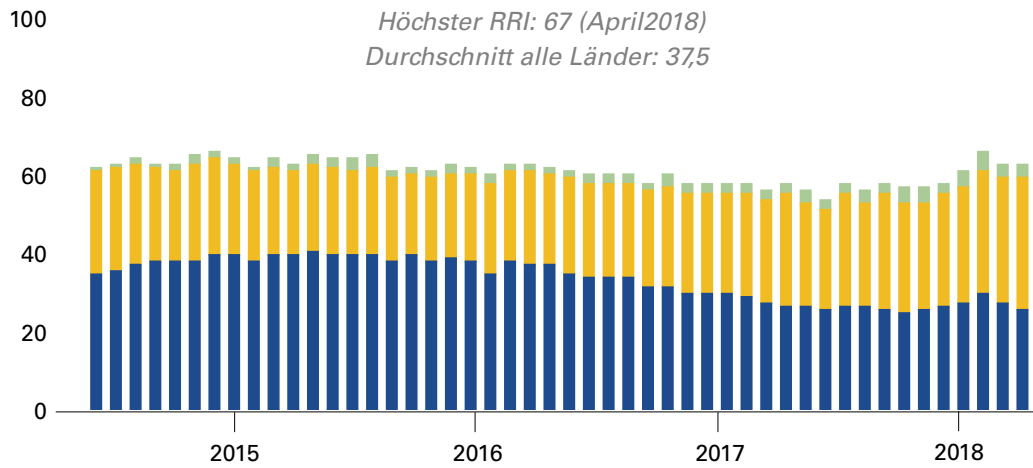
Der iranische Markt ist attraktiv, aber für westliche Investoren ist er mit hohen Risiken verbunden. Wer in der Islamischen Republik tätig sein will, braucht einen guten lokalen Partner und einen langen Atem; zudem muss er sich gegen unvorhergesehene Ereignisse wappnen. Das Risiko, dass Iran aus dem JCPOA aussteigt, besteht ebenso wie die Gefahr, dass es zu einem Krieg gegen das Land kommt.

Facts & Figures



Reputationsrisiken Iran

RepRisk-Index ■ Umwelt ■ Soziales ■ Governance

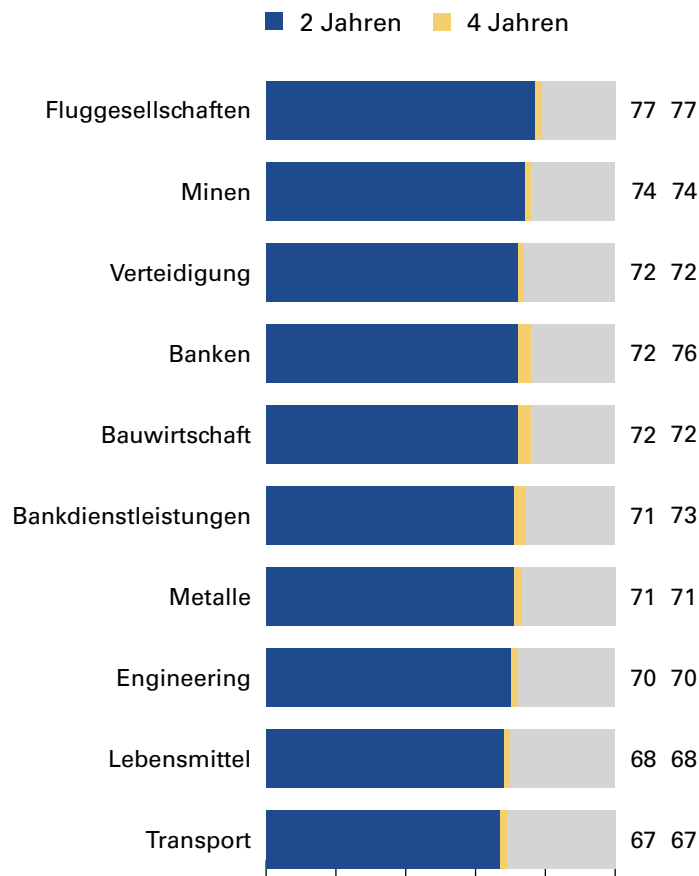


RepRisk

NZZ-Infografik/Pma.

In welchen iranischen Branchen schlummern die grössten Reputationsrisiken?

Höchster RepRisk-Index-Wert (0–100) in den vergangenen



RepRisk

NZZ-Infografik/Pma.